



Fraktion im Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt

München, den 07.10.2026

Ausverkauf von Landesliegenschaften in der Maxvorstadt verhindern: Kein Verkauf der Seidlstraße 7 durch den Freistaat Bayern

Antrag:

Der Bezirksausschuss möge beschließen:

1. **Ablehnung jeglicher Privatisierungspläne:** Der Bezirksausschuss 03 Maxvorstadt spricht sich mit Nachdruck gegen einen Verkauf der Liegenschaft der Autobahndirektion Südbayern (denkmalgeschütztes Gebäude in der Seidlstraße 7, 9 und 11) durch den Freistaat Bayern an gewinnorientierte Investoren oder private Dritte aus.
2. **Appell an die Landeshauptstadt München:** Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie das Kommunalreferat werden gebeten:
 - Unverzüglich Gespräche mit dem Freistaat Bayern aufzunehmen, um einen Verbleib des Gebäudes in staatlicher Hand sicherzustellen. Alternativ gilt es den Erwerb des Areals durch die Stadt (oder städtische Wohnungsbaugesellschaften wie die Münchner Wohnen) zu prüfen.
 - Weiterhin soll geprüft werden, inwiefern die LHM, ggfs. auch in Kooperation mit dem Freistaat Bayern, günstigen Wohnraum schaffen kann.
 - Planungsrechtliche Maßnahmen (z. B. Erlass einer Erhaltungssatzung, Festlegung gemeinwohlorientierter Nutzungszwecke im Planungsrecht) vorzubereiten, um Spekulation und rein hochpreisige Büro- oder Luxusentwicklungen zu verhindern.

Begründung:

Wie aktuellen Berichten und Recherchen (u. a. des Münchner Forums vom 24.09.2026) zu entnehmen ist, steht der Auszug der Autobahndirektion Südbayern vom Standort Seidlstraße 7-11 unmittelbar bevor.



Fraktion im Bezirksausschuss 3 Maxvorstadt

Die Liegenschaft umfasst ein rund 2.700 qm großes Filetgrundstück in unmittelbarer Hauptbahnhofsnahe. Bereits im Jahr 2023 hat der Freistaat Bayern das Nachbargrundstück in der Seidlstraße 15 an den Tech-Konzern Apple veräußert. Es steht zu befürchten, dass auch das denkmalgeschützte Gebäude der Seidlstraße 7-11 erneut meistbietend an gewinnorientierte Investmentfirmen veräußert werden soll.

Die Maxvorstadt leidet bereits massiv unter extremer Verdrängung, explodierenden Mieten und dem Verlust von bezahlbaren Gewerbe- und Kulturräumen. Während die Stadtverwaltung enorme Anstrengungen unternimmt, um bezahlbaren Raum zu schaffen, konterkariert der Freistaat Bayern diese Bemühungen durch die fortlaufende Privatisierung öffentlicher Grundstücke in zentralen Lagen.

öffentlicher Grund und Boden muss dauerhaft im Sinne der Stadtgesellschaft erhalten bleiben. Das Areal der Seidlstraße 7-11 bietet eine der seltenen innerstädtischen Gelegenheiten, wertvollen Raum für gemeinwohlorientierte Nutzungen, bezahlbaren Wohnraum und die Nachbarschaft zu sichern. Ein Verkauf an private Investoren ist daher entschieden abzulehnen.

Antragstellerin: Nele Metzler